

Bundestagswahlen 2009

Vor allem über 60-jährige Frauen wählten Union und SPD

zwd Berlin (tag). Bei den diesjährigen Bundestagswahlen hat die SPD gegenüber der vorangegangenen Wahl (2005) als einzige der im Bundestag vertretenen Parteien in allen Altersklassen Wählerinnen verloren. Dagegen konnten nach der Wahltagsbefragung von ARD/Infratest dimap sowohl CDU/CSU (mit Ausnahme der 45- bis 49-Jährigen) als auch FDP, Grüne und Linke bei den Frauen generationsübergreifend zulegen.

Besonders hohe Verluste musste die SPD mit minus 21 Prozentpunkten bei den Jungwählerinnen hinnehmen. Doch auch in der Gruppe der weiblichen 25- bis 34-Jährigen (-17 %) sowie den 35- bis 44-Jährigen sind die Stimmeneinbußen gegenüber 2005 enorm (vgl. Tabelle unten). Deutliche Zuwächse bei den Jungwählerinnen konnten dagegen die Grünen mit acht Prozent verbuchen. In dieser Altersgruppe erreichten sie bei der Bundestagswahl einen Stimmenanteil von 19 Prozent und haben damit die SPD überholt (18 %). Auch in der Gruppe der jungen Männer büßte die SPD deutlich mehr Wählerstimmen ein als die anderen Parteien: bei den 18- bis 24-Jährigen sind es insgesamt 19 Prozentpunkte. Die Union hat zwar weibliche Stimmen von Jung bis Alt hinzugewonnen, dafür verlor sie bei den Män-

nern durch alle Altersgruppen hinweg. Der Blick auf das Wahlvotum beider Geschlechter zeigt, dass die Union deshalb leichte Einbußen gegenüber 2005 (-1,4 %) hinnehmen musste.

Fast die Hälfte der Unions-Wählerinnen sind älter als 60

Mit knapp einem Viertel der Wählerinnen-Stimmen (23 %) liegt die SPD bei dieser Wahl deutlich hinter dem Ergebnis der Union (36 %). Beide Parteien erzielten in der Gruppe der älteren Frauen über 60 Jahren ihre höchsten Stimmenanteile: Nahezu die Hälfte der Wählerinnen, die ihre Zweitstimme der Union gaben, sind über 60 Jahre alt (45 %), und die SPD kam in dieser Gruppe immerhin noch auf einen Anteil von 27 Prozent (vgl. Grafik, S. 3).

Fortsetzung auf Seite 3

Bundestagswahl 2009 – Wahlverhalten nach Geschlecht und Alter										
Quelle: ARD/Infratest dimap Wahltagsbefragung										
Parteien	CDU/CSU		SPD		FDP		Linke		Grüne	
	in %	(Diff. zu 2005)	in %	(Diff. zu 2005)	in %	(Diff. zu 2005)	in %	(Diff. zu 2005)	in %	(Diff. zu 2005)
Geschlecht/ Alter										
Frauen ins.	36	+1	23	-13	13	+4	11	+3	12	+3
18-24	28	+2	18	-21	12	+3	12	+4	19	+8
25-34	32	+3	18	-17	16	+5	12	+3	16	+5
35-44	32	+1	21	-14	14	+5	11	+3	17	+4
45-59	32	-1	24	-12	13	+5	13	+4	13	+3
60 u. älter	45	+3	27	-9	11	+3	9	+3	6	+1
Männer ins.	32	-4	23	-10	16	+6	13	+3	9	+2
18-24	23	-3	17	-19	17	+6	11	+3	12	+3
25-34	27	-3	17	-14	20	+5	12	+3	11	+2
35-44	29	-4	21	-12	18	+7	12	+3	12	+2
45-59	29	-6	25	-9	15	+6	16	+4	11	+3
60 u. älter	41	-3	28	-5	14	+4	12	+3	4	+1



Fortsetzung von Seite 2

Im Gegensatz zu den beiden Volksparteien ist die Zusammensetzung der weiblichen Wählerinnenschaft in den Parteien Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und FDP jünger. Dies springt vor allem bei den Grünen ins Auge, die neben ihrem größten Zuspruch aus den Reihen der jüngeren Wählerinnen auch bei den 25- bis 44-jährigen Frauen insgesamt auf einen beachtlichen Stimmenanteil von 35 Prozent kommen. Nur bei den Frauen 60 plus blieben sie deutlich unter zehn Prozent. Über diesen Wert kommt von den drei genannten Parteien nur die Liberalen (11 %). Bei den Männern jenseits der 60 erreichen sie sogar 14 Prozent.

„SPD – angetreten mit starken frauenpolitischen Inhalten“

Dass viele Wählerinnen der SPD bei der Bundestagswahl den Rücken gekehrt haben, führt die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen

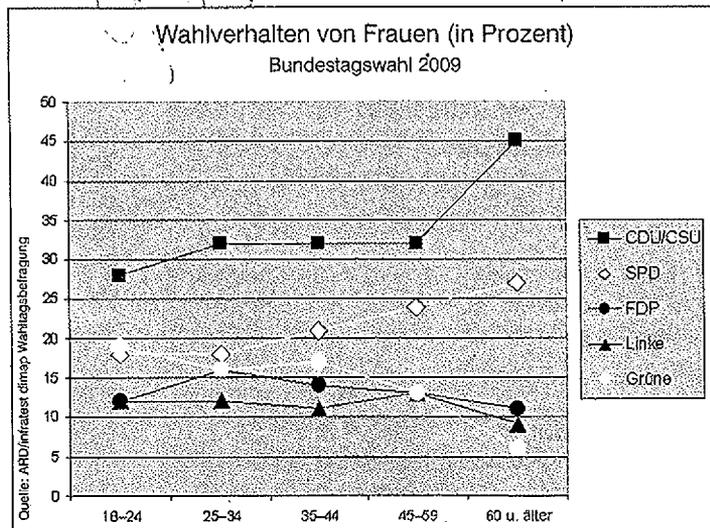
(ASF) in Schleswig-Holstein nicht auf fehlende Inhalte zurück: „Die SPD ist mit starken frauen- und gleichstellungspolitischen Programmpunkten angetreten.“ Auf Themenfeldern wie flächendeckender gesetzlicher Min-

penzteams von Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier konsultiert wurde.

Mit Blick auf die Konkurrenz schlussfolgerten die schleswig-holsteinischen SPD-Frauen in ihrer Wahlanalyse, dass die CDU – unabhängig von ihren Inhalten und ihrem sonstigen Aufgebot an Kandidatinnen – allein wegen der Spitzenpersonalie Angela Merkel einen Frauenbonus für sich beanspruchen konnte. „Und die Grünen“, fuhr die ASF in Ihrer Analyse fort, „überzeugten die Wählerinnen mit demonstrativer Gleichstellung bei Inhalten und Personal.“

Böhmer lobt Kanzlerin

Die Vorsitzende der Frauen Union der CDU, Maria Böhmer, begrüßte, dass 36 Prozent der Wählerinnen bundesweit für CDU und CSU gestimmt haben. Diese Unterstützung für Angela Merkel und die Union zeige, dass „die Kanzlerin durch ihre souveräne Regierungsführung die Frauen überzeugt hat“.



destlohn, Lohngleichheit und gleiche Karrierechancen für Frauen und Männer sei die Sozialdemokratie „so sensibilisiert und ‚up to date‘ wie selten zuvor gewesen“. Allerdings kritisierte die ASF, dass sie als Frauen-Zielgruppen-Organisation der SPD nicht bei der Aufstellung des Kom-

Schwarz-Gelb präsentiert gemeinsamen Koalitionsvertrag

Kontroverse zum Betreuungsgeld hält an

zwd Berlin (tag). Das Regierungsbündnis von CDU/CSU und FDP hat am 24. Oktober seinen Koalitionsvertrag vorgestellt. Dieser enthält auch einen Abschnitt zum Thema Gleichstellung. Während CDU-Frauenpolitikerinnen sich mit dessen Inhalten zufrieden zeigten, stellte die Vorsitzende der SPD-Frauenarbeitsgemeinschaft ASF, Elke Ferner, Schwarz-Gelb ein gleichstellungspolitisches Armutszeugnis aus.

Die Koalition versichert in ihrer Vereinbarung, sie wolle „bestehende Benachteiligungen in Arbeitswelt, Politik und Gesellschaft beseitigen“ und insbesondere auch „Existenzgründerinnen in den Blick nehmen“. Schwarz-Gelb will einen „Rahmenplan zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern in allen Phasen des Lebensverlaufs“ erarbeiten und dabei die Bundesinitiative zur Gleichstellung von Frauen in der Wirtschaft einbeziehen. „Damit wird die Gleichstellungspolitik zum ersten Mal nicht aus einzelnen Mosaiksteinen bestehen, sondern in einem großen Rah-

men eingebettet“, betonte Ingrid Fischbach, Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Im Gleichstellungsabschnitt wird ferner eine „eigenständige Jungen- und Männerpolitik“ sowie die Fortführung des Aktionsprogramms „Perspektive Wiedereinstieg“ in Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit angekündigt

„Freiwilligkeit“ großgeschrieben

Zur Überwindung der Entgeltungleichheit wollen die Koalierenden den Weg der Freiwilligkeit nicht verlassen. „Wir werden in der Wirtschaft dafür werben, das beratungsunterstützte Logib-D einzusetzen“, heißt es im gemeinsamen Text. Hiermit sollen Entgeltunterschiede und deren Ursachen festgestellt werden. Eine Bilanzierung der gemeinsamen Anstrengungen ist geplant – in welchem Zeitraum, bleibt allerdings offen. Anders als in der Schweiz ist das seit Oktober für Unternehmen verfügbare Lohntestverfahren in Deutschland nicht an Sanktionsme-

chanismen gebunden.

Als „halbherzige Appelle an die Wirtschaft“ und „Selbstverpflichtungen, die nichts bewirkten, wenn es um die Beseitigung der Entgeltdiskriminierung geht“, bezeichnete SPD-Politikerin Ferner den eingeschlagenen Regierungskurs. Mit der Ablehnung eines flächendeckenden Mindestlohnes verhindere Schwarz-Gelb zudem, dass Millionen von Frauen ein Existenzsicherndes Einkommen aus Vollzeitarbeit erhalten.

Stufenplan für Führungskräfte

Die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU (FU), Maria Böhmer, begrüßte die geplante Erstellung eines Stufenplanes, um den Anteil weiblicher Führungskräfte in Wirtschaft und öffentlichem Dienst zu erhöhen. Für die Initiative „FidAR – Frauen in die Aufsichtsräte“ bedarf es allerdings weitreichender Maßnahmen: „Wir werden uns mit Nachdruck für eine verbindliche Quote von 25 Prozent Frauen in Aufsichtsräten einsetzen.“

Fortsetzung auf Seite 6

Gleichstellungsabschnitt im Koalitionsvertrag (Dokumentation)

Gleichstellung

Wir wollen bestehende Benachteiligungen in Arbeitswelt, Politik und Gesellschaft beseitigen. Wir werden uns für eine Kultur der Vielfalt einsetzen und begrüßen daher „Diversity-Strategien“. Insbesondere wollen wir auch Existenzgründerinnen und Selbständige in den Blick nehmen. Wir erarbeiten einen Rahmenplan zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern in allen Phasen des Lebensverlaufs. Die Bundesinitiative zur Gleichstellung von Frauen in der Wirtschaft wird einbezogen.

Erleichterung des Wiedereinstiegs ins Berufsleben

Frauen sind heute besser qualifiziert als jemals zuvor. Viele wollen ihre Fähigkeiten im Erwerbsleben umsetzen. Das Aktionsprogramm „Perspektive Wiedereinstieg“ wird in Partnerschaft mit der Bundesagentur für Arbeit fortgeführt und ausgebaut. Es wird geprüft, inwieweit sich die lokalen

Modelle des Programms, die sich als zielführend erwiesen haben, in die Fläche übertragen und verstetigt werden können. Dabei ist die Situation Alleinerziehender in besonderer Weise zu berücksichtigen.

Überwindung der Entgeltungleichheit

Wir wollen das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ für Frauen und Männern umsetzen und damit die Entgeltungleichheit überwinden. Wir werden in der Wirtschaft dafür werben, das beratungsunterstützte Lohntestverfahren Logib-D einzusetzen. Hiermit sollen Entgeltunterschiede und deren Ursachen festgestellt werden. Die gemeinsamen Anstrengungen zur Überwindung der Entgeltungleichheit sind zu bilanzieren. Der öffentliche Dienst muss seine Potentiale ausschöpfen, frauen- und familienfreundlicher zu werden.

Mehr Frauen in Führungspositionen

Die Ziele des Bundesgleichstellungsgesetzes und des Bundesgremienbesetzungsgesetzes werden

mit Nachdruck verfolgt. Wir werden prüfen, ob und inwieweit die Gesetze geändert und effektiver gestaltet werden müssen. Der Anteil von Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst soll maßgeblich erhöht werden. Dazu wird ein Stufenplan, insbesondere zur Erhöhung des Anteils von Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten vorgelegt. Der Stufenplan setzt in einer ersten Stufe auf verbindliche Berichtspflichten und transparente Selbstverpflichtungen.

Jungen und Männerpolitik

Wir wollen eine eigenständige Jungen- und Männerpolitik entwickeln und bereits bestehende Projekte für Jungen und junge Männer fortführen und intensivieren. Damit eröffnen wir ihnen auch in erzieherischen und pflegerischen Berufen erweiterte Perspektiven. Die Zusammenarbeit mit Väterorganisationen und anderen gleichstellungsorientierten Männerorganisationen soll intensiviert werden.

Der Koalitionsvertrag unter: www.cdu.de



Fortsetzung von Seite 5

Betreuungsgeld versus Ausbau der Kinderbetreuung

Union und FDP haben sich in ihrer Vereinbarung auch auf das hauptsächlich von der CSU geforderte Betreuungsgeld für Eltern festgelegt, die ihre unter dreijährigen Kinder zu Hause erziehen wollen. Es soll ab dem Jahr 2013 in Höhe von 150 Euro eingeführt werden. Nach Auskunft von Fischbach wird auch ein Gutscheinmodell nach Hamburger Vorbild diskutiert. „Das Gutscheinmodell könnte dahingehend ausgebaut werden, dass Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen, die Gutscheine für andere, auf das Kind bezogene kulturelle Aktivitäten, etwa



Von links: Ingrid Fischbach (CDU) und SPD-Politikerin Caren Marks.

im Sportverein, einsetzen können“, so Fischbach weiter.

Entschiedene Gegnerinnen des Betreuungsgeldes sind unter anderem die familienpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Caren Marks, und der Verband Deutscher Unternehmerinnen (VdU). Beide plädierten für den Ausbau der Kinderbetreuungs-Infrastruktur. Für die Bildungsbiografie ist es nach den Worten von Marks wichtig, dass Kinder bereits im frühen Alter „gute Kindertageseinrichtungen“ besuchen. VdU-Präsidentin Petra Ledendecker argumentierte, dass nur durch den Betreuungsausbau die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – welche zur Sicherung des Fachkräftemangels in der Wirtschaft notwendig ist – erreicht werden könne. Aus ihrer Sicht setzt das Betreuungsgeld deshalb „ein völlig falsches Signal“.



Hochschule

Prekäre Arbeitsbedingungen erschweren Familiengründung

zwd Berlin (jk). Immer noch gibt es an den Universitäten Rahmenbedingungen, welche die Vereinbarkeit von Elternschaft und Wissenschaftskarriere erschweren. Das „Kompetenzzentrum Frauen in Wissenschaft und Forschung“ (CEWS) und die Technische Universität Dortmund haben deshalb in zwei Forschungsprojekten die Nachwuchs- und Arbeitssituation des wissenschaftlichen Personals untersucht.

Wie die Ergebnisse der Projekts „Wissen- oder Elternschaft?“ zeigen, beträgt gerade im Mittelbau die Kinderlosigkeit über 70 Prozent. Viele der Befragten verweisen auf die prekären Arbeitsverhältnisse. So konnte das Team um Prof. Sigrid Metz-Göckel der TU Dortmund zeigen, dass im Mittelbau befristete Verträge und Teilzeitarbeit das Arbeitsverhältnis dominieren. In diesen Strukturen befinden sich Frauen häufiger als Män-

ner. Die oftmals prekären Arbeitsbedingungen führen dazu, dass junge WissenschaftlerInnen sich gegen Kinder aussprechen oder den Kinderwunsch aufschieben, dies belegt die zweite Studie „Balancierung von Wissenschaft und Elternschaft“ unter der Leitung von Inken Lind. Die Befragten bezweifelten aufgrund des hohen Zeitaufwandes und der erwünschten Anwesenheit auf Tagungen, Kinder mit Forschung im Alltag vereinbaren

zu können. Interessanterweise fällt die eigene Einschätzung zur Vereinbarkeit von Familie und akademischem Beruf bei WissenschaftlerInnen, die bereits ein Kind haben, positiver aus. Dennoch: Auch sie haben schon Konflikte zwischen Beruf und Kind erlebt, wobei dies auf Frauen eher zutrifft als auf Männer. Als Beispiel führen Frauen eine geringere wissenschaftliche Förderung an. Die Angst der jungen Frauen, mit Kind negative Auswirkungen auf die Karriere in Kauf nehmen zu müssen, ist deshalb groß.

Unüberwindbare Hürden?

Dem Kreislauf aus beruflicher Unsicherheit und hoher Kinderlosigkeit müsse entgegengesteuert werden, lautete ein zentrales Ergebnis beider Studien. Diese wurden auf der Tagung „(Kinder-)Wunsch und Wirklichkeit in der Wissenschaft“ Anfang Oktober in Bonn vorgestellt.

Zu den konkreten Vorschlägen zählen unter anderem längere Verträge von mindestens zwei Jahren. Auf diese Weise würden Unsicherheiten ausgeräumt, welche durch die momentane Praxis sehr kurzer Vertragslaufzeiten bestehen. Eine weitere Forderung bezog sich auf flexible und qualitativ gute Kinderbetreuungsmöglichkeiten, wie es sie in Berlin schon gibt. Ein wichtiger Appell richtet sich zudem an die Verantwortlichen für die öffentliche Mittelvergabe: Solche Gelder der öffentlichen Stellen (Drittmittelprojekte) sollen an Bedingungen geknüpft werden, die eine Elternschaft berücksichtigen.

Mehr zu den Projekten unter:
www.cews.org

Vereinbarkeit von Wissenschaftskarriere und Familie

Forderungen, welche aus den Projekten von CEWS und der TU Dortmund an die Hochschulen gerichtet werden:

- Vertragsgestaltung über einen längeren Zeitraum (mind. 2 Jahre)
- Verlängerung der befristeten Beschäftigung junger Eltern
- Einrichtung von unbefristeten Stellen
- Übernahme der vollen Sozialversicherungsbeiträge bei Teilzeitbeschäftigung
- Ermöglichung der „Hausberufung“ unter zu konkretisierenden Bedingungen
- Verbindliche gleiche Aufteilung der Elternzeit auf das Paar
- Flexibles und qualitativ gutes Angebot von Kinderbetreuung
- Begrenzung steigender Qualitätsanforderungen an wissenschaftliche Karrieren
- Berücksichtigung der Elternschaft bei der Vergabe von Drittmitteln

Merkels schwarz-gelbes Kabinett Nur vier Ministerinnen am Regierungstisch

zwd Berlin (ig). Mit nur noch vier Ministerinnen sinkt der Frauenanteil im zweiten Kabinett von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) auf weniger als ein Drittel (31 %). In der Koalition von Union und SPD hatte er dagegen noch 44 Prozent betragen.

Der neuen Regierung werden zudem zwei Staatsministerinnen und fünf Parlamentarische Staatssekretärinnen angehören.

In der Opposition stieß die Kabinettsliste auf scharfe Kritik. Die Grünen-Vorsitzende Claudia Roth sprach von

Ferner befürchtet als Folge der schwarz-gelben Koalition „vier verlorene Jahre für die Frauen“. Auch auf den Parteitag von CDU und FDP äußerten sich Delegierte vereinzelt kritisch über die weibliche Unterrepräsentanz am Regierungstableau.

Merkel weicht Frage nach mehr Frauen in Führungspositionen aus

Die Frage, wie der Anspruch der Koalition, mehr Frauen in Wirtschaft und Verwaltung in Führungspositionen zu bringen, sich im Kabinett widerspiegeln, beantwortete die Bundeskanzlerin in der Bundespressekonferenz mit dem



Dem 16-köpfigen Kabinett von Angela Merkel gehören zwei CDU-Frauen sowie je eine Politikerin von CSU und FDP an: Es sind – wie bisher – Familienministerin **Ursula von der Leyen** und Bildungsministerin **Annette Schavan** (beide CDU) sowie Landwirtschafts- und Verbraucherschutzministerin **Ilse Aigner** (CSU). **Sabine Leutheusser-Schnarrenberger** (FDP) gehört als neue Justizministerin ebenfalls dem Kabinett an.

einer „politischen Geisterbahn mit lebenden Geistern“. Auf der Bundesdelegiertenversammlung in Rostock begründeten die Grünen ihre klare Ablehnung des schwarz-gelben Regierungsbündnisses mit der Erwartung, dass gesellschaftliche Reformen, wie zum Beispiel die überfällige Gleichstellung von Männern und Frauen, ausbleiben würden. Die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und ASF-Bundesvorsitzende Elke

lapidaren Hinweis darauf, dass doch immerhin sie selbst an der Spitze der Bundesregierung stehe. Auf Nachfrage sagte Merkel, auch sie sei unzufrieden mit dem Frauenanteil in der Unions-Bundestagsfraktion. Angesichts der „verschiedenen Zwänge“ sei eine weitere Verstärkung des Frauenanteils im Kabinett nicht möglich gewesen.

Dafür sollen nun Frauen die zweite Reihe auf der Ebene der Staatssekretärinnen verstärken (s. Bildleiste unten).



Die Vorsitzende der Frauen Union **Maria Böhmer** soll Staatsministerin für Integration bleiben. Die FDP-Vize-Vorsitzende **Cornelia Pieper** geht als Staatsministerin ins Auswärtige Amt.

Die CDU-Gesundheitsexpertin **Annette Widmann-Mauz** wird Parlamentarische Staatssekretärin im FDP-geführten Gesundheitsministerium, die Unionsabgeordnete **Ursula Heinen-Esser** sowie **Katharina Reiche** ziehen ins Umweltministerium ein; die CSU-Bundestagsabgeordnete **Julla Klöckner** wird Staatssekretärin im CSU-geführten Landwirtschaftsministerium, die Abgeordnete der Liberalen, **Gudrun Kopp**, Staatssekretärin im FDP-geführten Entwicklungshilfeministerium.

Kongress des Deutschen Juristinnenbundes Zypries: „Wir müssen weiter am Aufenthaltsrecht arbeiten“

zwd Karlsruhe (tag). Von „mehr Integration durch Recht“ würden auch junge Migrantinnen im hohen Maße profitieren, ist sich die scheidende Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) sicher. Auf dem Bundeskongress des Deutschen Juristinnenbundes (djb) in Karlsruhe – dem Sitz des Bundesverfassungsgerichts – warb sie vor allem für Verbesserungen beim Aufenthaltsrecht.

Es dürfe nicht sein, dass Frauen, die Deutschland verlassen, schon nach sechs Monaten ihren Aufenthaltsstatus verlieren, sagte Zypries. Sie wandte sich entschieden gegen die Heiratsverschleppung junger Mig-

Anerkennung der „unumstößlichen“ universellen Werte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Gleichberechtigung der Geschlechter einig sei. Diese Grundlagen und die hiermit verbundenen Grundrechte zögen zwar klare Grenzen, aber sie eröffneten auch Räume der Teilhabe und der persönlichen Entfaltung – insbesondere für Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund.

„Ohne große Hürden“ klagen

Nach den Worten von Bundesverfassungsrichterin Prof. Gertrude Lübbe-Wolff hat zu den Integrationsleistungen des Grundgesetzes auch das Bundesverfassungsgericht beigetragen. Mit der Individualverfassungsbeschwerde könnten sich Bürgerinnen und Bürger laut Lübbe-Wolff „ohne große Hürden“ gegen jede mögliche Grundrechtsverletzung – auch durch andere Gerichte – an das Verfassungsgericht wenden.

Die Präsidentin des Deutschen Juristinnenbundes (djb), Jutta Wagner, bezeichnete allerdings in ihrer Rede das mangelnde Mitspracherecht von Frauen an Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes als „betäublich“. Zurzeit wirkt nur eine Frau im ersten Senat an der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts mit, im zweiten sind zwei der acht Mitglieder weiblich. ■



Foto: djb
Von links: Ulrich Goll, Justizminister von Baden-Württemberg, Bundesverfassungsrichterin Gertrude Lübbe-Wolff und Hans-Jürgen Papier, Präsident des Bundesverfassungsgerichts

rantinnen, die hierzulande aufwachsen und anschließend im Heimatland ihrer Eltern zwangsverheiratet werden. „Seinen Lebenspartner selbst zu wählen, ist ein Menschenrecht“, betonte Zypries und forderte Sonderregelungen im Aufenthaltsrecht, um Frauen den Ausbruch aus ihrer Ehe und die Rückkehr nach Deutschland zu ermöglichen.

Universelle Werte zählen

Für den baden-württembergischen Justizminister und Integrationsbeauftragten, Prof. Ulrich Goll (FDP), vollzieht sich „Integration durch Recht“ vor allem dadurch, dass die Zuwanderungsgesellschaft sich über die „Kultur des Zusammenlebens“ unter

UN-Entwicklungsbericht 2009

Barrieren für Migrantinnen überwinden

zwd Berlin (tag). Migration kann für Frauen Befreiung, Einkommenssteigerungen und ein höheres Bildungsniveau mit sich bringen. In den meisten Entwicklungsländern sind beispielsweise bei qualifizierten Arbeitskräften die Emigrationsquoten der Frauen deutlich höher als die der Männer. In einer Reihe von Ländern, darunter Afghanistan, Ghana und Guatemala, ist es dem UN-Entwicklungsbericht 2009 zufolge um mindestens 40 Prozent wahrscheinlicher, dass Absolventinnen mit tertiären Bildungsabschlüssen in ein entwickeltes Land auswandern als Absolventen. Doch Migration birgt für viele Frauen auch Gefahren und Risiken in sich, nämlich harte Bedingungen ertragen zu müssen und ausgebeutet zu werden. Als „grausamsten“ der Fall-

stricke von Migration bezeichnen die Autorinnen des am 5. Oktober in Berlin vorgestellten Berichts den Menschenhandel. Häufig mit falschen Versprechungen ins Ausland gelockt und dann ihrer Reisedokumente beraubt, müssten weibliche Opfer sexuelle Ausbeutung, Isola-

tion und Schuldknechtschaft ertragen. „Würde man diesen Frauen die gleichen Schutzrechte zugestehen, die für Bürgerinnen und Migrantinnen mit legalem Aufenthalts-



status bereits gelten, könnte das helfen, solche Straftaten zu verfolgen und zu verhindern“, ist sich die UN sicher.

Bericht über die menschliche Entwicklung 2009, Gesamtausgabe, UNDP/DGVN, Uno-Verlag, 252 Seiten, Paperback, 26,30 Euro, ISBN 978-3-923904-65-5.

Schwarz-Rotes Regierungsbündnis Koalition will Volksbegehren zur Familienpolitik umsetzen

zwd Erfurt (tag). In Thüringen haben die Delegierten von CDU und SPD die Weichen für ein gemeinsames Regierungsbündnis gestellt. Auf ihren Parteitag billigten sie am 25. Oktober den schwarz-roten Koalitionsvertrag. Die designierte Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) ist nach SPD-Politikerin Heide Simonis erst die zweite Frau an der Spitze eines deutschen Bundeslandes.

In ihrer Koalitionsvereinbarung kündigen CDU und SPD an, in Fragen der Familienpolitik bei den InitiatorInnen des „Volksbegehrens für eine bessere Familienpolitik“ zu kooperieren. Bis Ende Januar 2010 wollen sie einen Gesetzentwurf in den Thü-

zialdemokratische Handschrift, sagte Taubert im zwd-Gespräch. Dies gelte vor allem für die konsequente Anwendung des Gender Mainstreaming-Gedankens. „Bei allen landespolitischen Vorhaben sollen die unterschiedlichen Lebenssituationen von Frauen



Von links: Christine Lieberknecht (CDU), Heike Taubert (SPD) und Astrid Rothe-Beinlich (Bündnis 90/Die Grünen)

und Männern von vornherein und regelmäßig berücksichtigt werden“, heißt es dazu im Koalitionsvertrag.

Als „persönliches Anliegen“ bezeichnete Taubert die auf Drängen der SPD im Text integrierte Forderung nach einem neuen

ringer Landtag einbringen, mit dem die Ziele des Volksbegehrens bis zum Beginn des Kindergartenjahrs 2010/2011 umgesetzt werden sollen. Dazu gehören der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem ersten Geburtstag, die Einstellung von 2.000 ErzieherInnen in Kindertagesstätten sowie die Zahlung eines zwölfmonatigen Landeserziehungsgeldes im Anschluss an das Bundeselterngeld.

SPD: Klare Handschrift in Gleichstellungsfragen

Bezüglich der Aufnahme von gleichstellungs- und familienpolitischen Forderungen in die schwarz-rote Vereinbarung zeigte sich die bisherige stellvertretende SPD-Fraktionschefin, Heike Taubert, zufrieden. Gerade das Kapitel „Gleichstellung von Frau und Mann“ trage eine klare so-

Vergaberecht für öffentliche Aufträge. Danach sollen nur Unternehmen zum Zuge kommen, die Tarif- und Mindestlöhne zahlen.

Grüne: „1:1-Umsetzung“ des Volksbegehrens gefordert

Die frauenpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen und grüne Landesprecherin, Astrid Rothe-Beinlich, forderte von den Koalierenden eine „1:1-Umsetzung des Volksbegehrens“. Sie begrüßte, dass CDU und SPD die bereits seit langem von Rot-Rot-Grün geforderten 2.000 ErzieherInnen-Stellen schaffen wollen. Allerdings bleibt aus ihrer Sicht die Frage offen, „wie genau das finanziert werden soll und kann, wenn Rot-Schwarz zugleich am Landeserziehungsgeld festhalten will“.

Mehr zum Volksbegehren unter: www.bessere-familienpolitik.de



Weibliche Abgeordnete im neu gewählten Bundestag Frauenanteil liegt nur einen Prozentpunkt höher als 2005

zwd Berlin (tag). Auch in der 17. Legislaturperiode kann im Deutschen Bundestag von einer ausgeglichenen Geschlechterbilanz nicht die Rede sein. Mit insgesamt 204 weiblichen Abgeordneten im neuen Parlament wurde zwar der höchste Wert in der Geschichte der Bundestagswahlen seit 1949 erreicht. Der Frauenanteil ist indes gegenüber 2005 nur um einen Prozentpunkt auf nunmehr 32,79 Prozent gestiegen.

Wie wenig repräsentativ die Geschlechterverteilung im Bundestag mit 418 Männern und 204 Frauen bezogen auf die Gesamtbevölkerung in Deutschland ist, zeigt ein Blick auf die Wahlberechtigten zur Bundestagswahl 2009: Unter den 62 Millionen zur

sind weibliche Abgeordnete ähnlich gut vertreten: 40 von 76 Fraktionsmitgliedern sind Frauen (52,63 %).

SPD hat die meisten weiblichen Abgeordneten

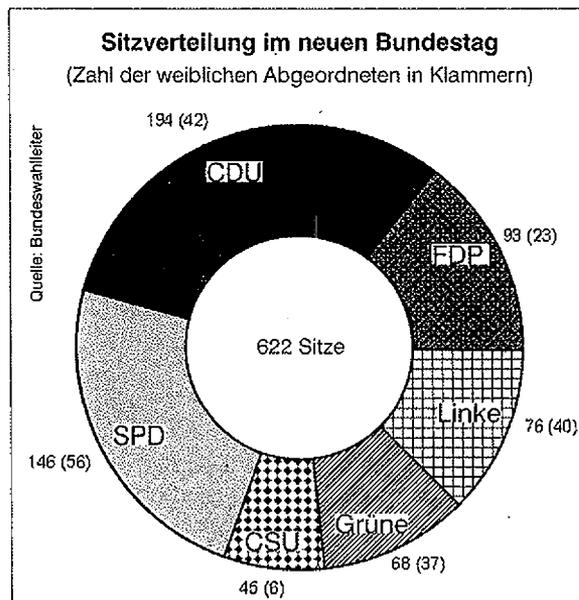
Ungeachtet ihrer herben Verluste entsenden die SozialdemokratInnen wieder die meisten Frauen aller Fraktionen in den Bundestag. Der 146-köpfigen SPD-Fraktion gehören 56 Frauen an, was einer Quote von 38,63 Prozent entspricht.

Koalitionsfraktionen ohne Vorbildfunktion

Ausgerechnet die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP gehen bei der politischen Partizipation von Frauen mit schlechtem Beispiel voran. In der 239-köpfigen Unionsfraktion sind nur 48 Frauen (20 %) vertreten. Die CDU für sich genommen kommt auf einen Anteil von 21,65 % (42 Frauen unter 194 Abgeordneten).

Bei den Liberalen ist nur jedes fünfte Parlamentsmitglied Mandatsträgerin: Die Westerwelle-Partei zählt unter ihren 93 Parlamentsmitgliedern nur 23 Frauen (24,73 %). Schlusslicht von allen Bundestagsparteien bildet die CSU. Gerade einmal sechs Frauen (13,33 %) befinden sich unter ihren 45 Fraktionsangehörigen. ■

Bei den Liberalen ist nur jedes fünfte Parlamentsmitglied Mandatsträgerin: Die Westerwelle-Partei zählt unter ihren 93 Parlamentsmitgliedern nur 23 Frauen (24,73 %). Schlusslicht von allen Bundestagsparteien bildet die CSU. Gerade einmal sechs Frauen (13,33 %) befinden sich unter ihren 45 Fraktionsangehörigen. ■



Wahl aufgerufenen BürgerInnen waren 32 Millionen Frauen und 30 Millionen Männer.

Mehr als die Hälfte der Macht bei Grünen und Linken

Unter den Bundestagsfraktionen erzielten die Grünen das prozentual beste Ergebnis beim Anteil der weiblichen Abgeordneten. Der 68 Mitglieder starken Fraktion gehören 37 Frauen (54,41 %) an. Auch in der Linksfraktion

Frauen werden schlecht bezahlt

Bruttoverdienst 23 Prozent niedriger – Reallöhne um 0,1 Prozent gestiegen

Im EU-Vergleich liegt Deutschland im unteren Drittel der Tabelle.

VON WERNER BALSSEN

Brüssel/Wiesbaden - Frauen verdienen in Deutschland nach wie vor deutlich weniger Geld als Männer: Im Staatsdienst bekommen Frauen sieben Prozent weniger als männliche Kollegen, in der Privatwirtschaft sind es sogar 23 Prozent weniger, wie das Statistische Bundesamt mitteilte. Das liege vor allem daran, dass Frauen öfter schlecht bezahlte Berufe ausüben und seltener in Führungsjobs aufsteigen.

In der Privatwirtschaft bekamen Männer im vierten Quartal 2008 im Schnitt 19,50 Euro pro Stunde brutto, Frauen nur 15,08 Euro. Beim Staat verdienen Frauen im Schnitt 17,57 Euro pro Stunde, Männer dagegen 18,89 Euro. In der Privatwirtschaft sei der Unterschied besonders groß, weil dort deutlich weniger Frauen in leitende Positionen gelangen als im öffentlichen Bereich, so die Statistiker. Beim Staat sei der Anteil von weiblichen und männlichen Führungskräften etwa gleich.

Im EU-Durchschnitt verdienen Frauen nach einer EU-Statistik 16,6 Prozent weniger als männliche Kollegen. Am geringsten sind demnach die Unterschiede in Italien (4,4 Prozent), Portugal und Slowenien. Nur in Zypern, den Niederlanden, der Slowakei und Estland ist der Unterschied bei Privatfirmen noch größer als in Deutschland.

Insgesamt sieht es beim Lohn- und Gehaltszuwachs für die deutschen Arbeiter und Angestellten eher mau aus: Verglichen mit ihren Kolleginnen und Kollegen in den anderen EU-Staaten lagen deutsche Arbeitnehmer im vergangenen Jahr mit einem durchschnittlichen Reallohnzuwachs von 0,1 Prozent im



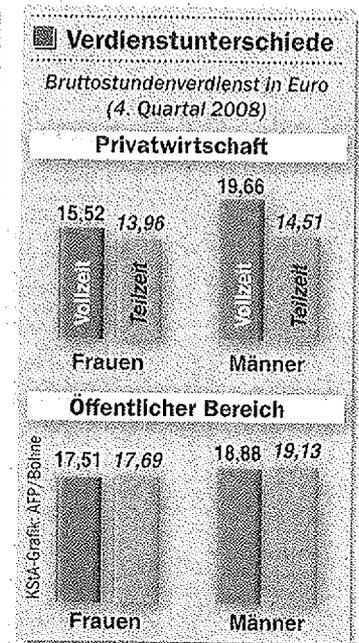
Kontrolle der Trüffel-Qualität in einer Schokoladenfabrik. Frauen verdienen brutto nach wie vor weniger als Männer.

BILD: DDP

unteren Drittel der 27 Mitgliedstaaten und deutlich unterhalb des EU-Mittels von 1,3 Prozent. Zu diesem Ergebnis gelangt eine Studie der in Dublin beheimateten EU-Behörde für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound). Im ersten Halbjahr des laufenden Jahres sind nach Medienbe-

richten die Löhne in Deutschland sogar um 0,4 Prozent gesunken.

Genau betrachtet, sind die genannten Daten allerdings nicht besonders aussagefähig. Aus zwei Gründen. Erstens: Man muss den „Basiseffekt“ beachten. Staaten wie Litauen, Lettland oder die Slowakei, die erst jüngst der Union beigetreten



sind, haben bei der Produktivität und bei den Löhnen einen gewaltigen Nachholbedarf. Wenn dort die Einkommen, die oft kaum höher als ein Euro pro Stunde liegen, um mehr als acht oder neun Prozent steigen, sorgt das für ein Lohnniveau, das weit unter dem deutschen liegt. Die Studie vergleicht deshalb auch die Unterschiede zwischen den 15 „alten“ EU-Staaten. Da lag der Zuwachs im vergangenen Jahr im Durchschnitt bei 0,5 Prozent. Das ist im Vergleich zu Deutschland immer noch höher. Aber zweitens berücksichtigen die nackten Zahlen keinerlei qualitative Aspekte der vereinbarten Einkommenssteigerungen. Wenn also in einzelnen Branchen die Tarifkontrahenten Qualifikationskurse für die Belegschaften vereinbaren oder sich Beschäftigungsgarantien geben lassen und dafür auf größere Lohnsprünge verzichten, wird das in den Daten nicht deutlich. (mit afp)